Fernsprech-Stellen 11 Altst., 632 Neust.-Dresden.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Täglich Eingang von Neuheiten geschmackvoller **Bijouterien** als: Broschen, Ohrringe, Kreuze, Medaillons, Colliers, Armbänder, Hut-Agraffen, Einsteckkämme, Haarpfeile, Uhrketten, Manschettenknöpfe etc. Specialität: Schmuckgegenstände aus echtem Jett. J. Bargou Söhne, Dresden, Wilsdrufferstrasse 21b. u. Sophienstrasse 6 am Postplatz.

Wer irgend etwas annonciren will, erspart alle Mühewaltung, Porto und Nebenspesen, wenn er damit beauftragt die bedeutendste und leistungsfähigste Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse**, Dresden, Altmarkt 4. Leipzig, Katharinenstr. 12. Chemnitz, inn. Johannisstr. 24.

Jeder Dame dürfte der Besuch meines einzigen Spezial-Geschäfts für Damen- u. Kindermäntel in Neustadt, Heinrichstrasse 14, am Kaiser-Wilhelmplatz, höchst lohnend sein. Richard Ulbricht.

Flanelle und Lamas Neuheiten sämmtlich eingetroffen **W. Metzler**, 15 Altmarkt 15.

Gardinen empfiehlt in grosser Auswahl **G. D. BLASS**, Wäsche-Fabrik und Ausstattungs-Geschäft, Marienstrasse 5 und Porticus, parterre und I. Etage.

Nr. 262. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. Aussichten für den 19. Sept.: Veränderlicher Wind mittlerer Stärke bei durchschnittlich mittlerer Bewölkung, mit zeit- und stellenweisen Niederschlägen. Kälter Dresden, 1885. **Sonnabend, 19. Septbr.**

Abonnement.

Die geehrten auswärtigen Leser der „Dresdner Nachrichten" bitten wir das

Abonnement für das vierte Quartal 1885

baldigst erneuern zu wollen, damit die Nummern ohne Unterbrechung weiter geliefert werden können.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Abonnement in Dresden bei der Expedition (incl. Bringerlohn **2 Mark 50 Pf. vierteljährlich**, bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **2 Mark 75 Pf.**, in der Oesterreich-Ungarischen Monarchie **2 Gulden 29 Kreuzer excl. Agiozuschlag.**

In der **allwöchentlichen Zugabe** eines humoristisch-illustrirten Theiles dürften die geschätzten Abonnenten und Leser der „Dresdner Nachrichten" eine willkommene Vermehrung des Unterhaltungs- und Lesestoffes gefunden haben

Expedition der „Dresdner Nachrichten".

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Ueber die Art und Weise, wie die Untersuchung betreffs der Sonntagsruhe durchgeführt wird, häufen sich die Klagen. Eine Anzahl Großindustrieller, namentlich am Rhein, geht von der Ansicht aus, daß Fürst Bismarck ein Gegner der Sonntagsruhe sei und es Dank wissen werde, wenn ihm die Untersuchung Gründe gegen das grundsätzliche Verbot der Sonntagsarbeit liefern würde. Demgemäß richten gewisse Großindustrielle es ein, möglichst viel Material gegen das Verbot der Sonntagsarbeit zu sammeln. Von einer Befragung von Fabrikärzten hat man nirgends Etwas gehört, obwohl doch gerade diese die geeignetsten wären, reiche Erfahrungen über die Wirkung der Sonntagsarbeit auf das körperliche und geistige Befinden der Arbeiter herbeizuschaffen. Die ganze Untersuchung macht den Eindruck, als wolle man in Berlin ein ganz beliebig zu verwendendes Material ansammeln. Dem gegenüber muß man als Christ und Menschenfreund immer wieder den grundsätzlichen Standpunkt betonen, daß eigentlich eine Untersuchung über die Nothwendigkeit des Verbotes gewerblicher Sonntagsarbeit unnöthig war und es sich höchstens um eine Feststellung der zuzulassenden Ausnahmen von diesem Verbote handeln sollte. Wenn es vorzugsweise die konservative Partei und das katholische Centrum sind, die für eine ausgiebige Sonntagsruhe ins Zeug gehen, so gereicht das ihnen nur zur Ehre. Es bleibt sich ganz gleich, ob diese Parteien mehr aus religiösen oder aus sozialpolitischen Erwägungen handeln; in jeder Partei verdient das Streben Unterstützung, das den gesetzlichen Schutz des wirthschaftlich schwachen Arbeiters durchzuführen entschlossen ist. Aus den Fragebogen schimmert der Wunsch heraus, in erster Linie das Interesse des Fabrikanten wahrzunehmen. Die gewerbliche Sonntagsarbeit dient aber bekanntlich in den weitaus meisten Fällen vorzugsweise zum Vortheile der Betriebsunternehmer. Es ist eine bekannte Thatsache, daß in denjenigen Etablissements, in welchen die meiste Sonntagsarbeit herrscht und sog. „Ueberstunden" als beinahe regelmäßige Einrichtung bestehen, die Löhne dann noch niedriger zu sein pflegen, als in solchen Fabriken, in welchen eine genau geregelte Wochenarbeit eingeführt und die Sonntagsarbeit nur eine seltene Ausnahme ist. Selbstverständlich kann kein Freund der Blüthe unserer Industrie wünschen, die Fabrikanten zu schädigen. Besonders verdienen diejenigen Betriebsunternehmer, die in ihren Fabriken geordnete Arbeitsverhältnisse haben, so viel Berücksichtigung, daß man ihnen nicht die Konkurrenz mit dem Auslande erschwert. Aber die Konservativen und das Centrum sind mit allen arbeitsfreundlichen Sozialpolitikern der Ansicht, daß die Industrie recht gut im Stande ist, dem Arbeiter den Ausfall an Wochenlohn zu ersetzen, der im einzelnen Falle durch Verbot der gewerblichen Sonntagsarbeit entstehen kann. Denn ein Arbeiter, der eine regelmäßige Sonntagsruhe genießt, ist in den Wochentagen dann viel leistungsfähiger, als ein Jahr aus Jahr ein fast ohne Unterbrechungen angestrengter Arbeiter. Wo die technische Natur des Betriebes es erfordert, wird Jedermann vernünftigerweise Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit zugestehen, so daß das materielle Interesse der Fabrikanten sorglich vor jeder Schädigung bewahrt bleibt. Was aber verhindert werden soll und wird, ist lediglich die von dem Willen des Arbeitgebers abhängige maßlose Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeitnehmer. Das wird den sozialen Frieden fördern. Das wird auch der Wehrkraft der Nation zum Vortheile gereichen. Bei der Rekrutirung merken es die aushebenden Offiziere und Militärärzte sehr bald, ob sie es mit einer Bevölkerung zu thun haben, deren Arbeitskraft ausgemergelt wird. Im Interesse der Vertheidigung des Vaterlandes liegt die Wiedergewinnung resp. Erhaltung eines körperlich und geistig gesunden Arbeiterstandes.

Trotz der Meldungen von einzelnen Vertheidigungs- und Rüstungsmaßregeln aus Spanien erhält sich die Ansicht, daß es zu einem friedlichen Austrage des Karolinen-Streitfalles kommen wird. Der maßlosen Erregtheit der heißblütigen Bevölkerung Spaniens ist der Gegenschlag einer Abspannung gefolgt. Die aus Frankreich und England, namentlich aus letzterem eingetroffenen Rathschläge, den Weg eines gütlichen Vereinbarens einzuschlagen, haben die Schreier abgekühlt. Hingegen hat die große Ruhe und das wohlwollende Verhalten der deutschen Regierung eine ganz andere Wirkung ausgeübt, als man zu erwarten berechtigt war. Dieses freundliche Wohlwollen besänftigt nicht die Spanier, es beleidigt sie eher. Sie beschweren sich über den Protektorton Deutschlands, der geradezu unerträglich sei. Der spanische Stolz weiß eben nicht, wo er hinaus soll. Bei dem komischen Selbstbewußtsein der Spanier genügt schon der Verdacht einer Abhängigkeit, um den König und die Regierung unpopulär und verhaßt zu machen. Es ist freilich unter solchen Umständen schwer, zu sagen, wie sich Deutschland verhalten soll. Tritt es entschieden auf, so gießt es Oel ins Feuer; wendet es Milde an, so ist's auch nicht recht. Die Spanier sind eben verwöhnte ungezogene Kinder. Man darf es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie sich einbilden, „dem unbesiegten deutschen Riesen die erste Niederlage beigebracht zu haben". Von dem vermittelnden Eingreifen Englands, das sachlich ganz den deutschen Standpunkt theilt, ist nunmehr eine Beilegung des Streitfalles zu erwarten, als England, bevor es sich mit seinem Vorschlage nach Madrid wandte, sich mit Deutschland darüber verständigt hat, so daß der englischen Lösung der Frage die Zustimmung Deutschlands gesichert wurde. Da außerdem England für seine Vermittelung gewisse Handelsvortheile von Spanien erhofft, fühlt es sich ganz besonders getrieben, das Friedenswerk zu einem glücklichen Abschlusse zu bringen.

Eine herzliche Begeisterung für die eilige Jagd auf die Karolinen ist ja in Deutschland nirgends zu bemerken gewesen. Der Streitgegenstand erscheint dem Volke von so zweifelhaftem Werthe, daß es sich nicht lohnt, um seinetwillen folgenschwere Verwickelungen herbeizuführen. Das Volk wünscht ferner, daß die Rechtsfrage, die Spanien aufgeworfen hat, völlig unparteiisch, ohne jedes Vorurtheil des Eigennutzes oder der Rechthaberei, geprüft werde und daß Deutschland aus Gründen der Großmuth wie der Klugheit selbst ein freiwilliges Opfer an seinem zweifellosen Rechte nicht scheuen dürfe, um eine Erschütterung der Monarchie in Spanien zu verhüten. Nicht minder lebhaft wünscht das Volk, daß den Hoheitszeichen des deutschen Reiches ausreichende Sühne für die Beleidigung gewährt werde, und daß der Handel seiner Angehörigen auch in jenen entlegenen Himmelsstrichen sich des Schutzes der deutschen Flagge erfreue. Mögen auch die Karolinen weit abseits von den Straßen des Weltverkehrs liegen, mag bei ihnen selbst Stephans mächtiges Postreich aufhören — auch auf ihnen ist deutsches Kapital angelegt, ist deutscher Fleiß und deutsche Intelligenz thätig und diese vaterländischen Unternehmungen dürfen nicht den Unbilden der engherzigen Handelspolitik Spaniens schutzlos preisgegeben sein. Die richtige Vermittelung zwischen diesen verschiedenen Gesichtspunkten zu finden, das ist die Aufgabe der diplomatischen Staatskunst. Und wenn ein Ausgleich dahin gefunden würde, daß die vermeintliche Souveränität Spaniens über die Karolinen großmüthig zugestanden, dagegen den dortigen deutschen und englischen Kaufleuten die Handelsfreiheit eingeräumt und den Kriegsschiffen dieser Nationen der Schutz des Handels ihrer Landesangehörigen zugesprochen würde, so wüßten wir nicht, was gegen diesen ehrenvollen Ausweg einzuwenden wäre.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 18. Septbr.

Berlin. In der heutigen Sitzung des Bundesrathes wurde der sächsische Bevollmächtigte, Graf Hohenthal, zum Mitglied des Reichsbankkuratoriums gewählt. Der Antrag Preußens auf Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes für Berlin ward genehmigt. Ein Antrag der Hamburger Regierung wegen Verlängerung des Hamburger Belagerungszustandes lag nicht vor. Die Einführung des Unfallversicherungsgesetzes zum 1. Oktober ward genehmigt. — Der Reichskanzler wurde Nachmittags in Berlin erwartet. — Für den Fall, daß Graf Hatzfeldt auf den Botschafterposten zurückkehrt, wird derselbe provisorisch den Pariser Posten übernehmen. — Auch der preußische Gesandte in Dresden, Graf Dönhoff, soll zu einem Botschafterposten in Aussicht genommen worden sein. — Der Generalquartiermeister Graf Waldersee zog sich bei den badischen Manövern durch einen Sturz mit dem Pferde eine Knöchelverletzung zu. Dieselbe ist zwar nicht gefährlich, hindert ihn jedoch am Reiten. Graf Waldersee ist von Heilbronn abgereist. — Der Gouverneur von Metz, Generallieutenant v. Conrady erhielt die erbetene Entlassung. — Der kaiserliche Reg.-Rath im Reichsamte des Innern, Frhr. v. Lerchenfeld, der vor 4 Jahren aus dem bayerischen Dienst in den Reichsdienst übertrat, ist gestorben. — Die „Germania" bestätigt, daß Dompropst Dr. Kayser in Breslau von der preuß. Regierung als Kandidat für das Bisthum Ermeland in Rom vorgeschlagen worden sei. — Der Herzog von Cumberland will seine Ansprüche auf die Kunstschätze des braunschweigischen Museums gerichtlich geltend machen. Die braunschweigische Regierung fordert die Zahlung von 600,000 Mark Erbschaftssteuer vom Herzog von Cumberland, welcher als „legitimer Herr der Lande Braunschweigs" die Zahlung verweigert. — Der Minister des Innern macht bekannt, daß man beabsichtige, die Landtagswahlen unmittelbar nach Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode stattfinden zu lassen und ordnet unter Vorbehalt der definitiven Festsetzung des Wahltermins Vorbereitungen für die Neuwahlen an.

Breslau. Die Produktion von Roheisen ist eingeschränkt worden, da die Königshütte einen Ofen löschte. Durch Verkäufe an Spekulanten und Produzenten sind die Vorräthe zwar entlastet, die Tendenz ist jedoch nicht gebessert worden.

Rom. Gestern wurden in der Stadt Palermo 132 Cholerafälle, darunter 60 Todesfälle konstatirt, in der Umgebung dagegen nur 1 Erkrankungs- und 1 Todesfall. Die Provinz Parma hatte 5 Cholerakrankungen, darunter 4 mit tödtlichem Ausgang, aufzuweisen.

Madrid. Hiesige Blätter berichten: Der „Iltis" habe vor der Besitznahme von Yap mit 60 Mann die Insel Ponape okkupirt. Das spanische Kabinet beschloß nach der Berathung mit den Marinebehörden vorläufig 1,300,000 Pfund Sterl. für den Ankauf von Kreuzern und Torpedos zu verausgaben und nach Zusammentritt der Kortes eine Anleihe für Mobilisirung und Vermehrung der Flotte aufzunehmen.

Bern. Der Bundesrath dehnte angesichts der Ausbreitung der Cholera in Oberitalien die für die französische Grenze getroffenen cholerapolizeilichen Maßregeln auf die italienische Grenze aus und verbot die Ein- und Durchfuhr von Hadern, gebrauchtem Bettzeug und ungewaschenen Kleidern (ausgenommen das Gepäck der Reisenden).

Warschau. Die offiziöse „Warszawsk Dziennik" bringt eine autorisirte Richtigstellung über den in der ausländischen Presse colportirten Vorfall zwischen dem preußischen Generalkonsul Baron Rechenberg und dem russischen Staatsrath Miller. Der Zwischenfall habe allerdings stattgefunden und zwar am 1. September im Empfangszimmer des Oberpolizeimeisters, habe aber nach erregten Erörterungen mit einer gegenseitigen Verständigung ohne persönliche Beleidigung geendigt.

Berlin. Die Börse war hier im Allgemeinen fest, nur österreichische Bahnen waren im Anschluß an Wiener Notirungen matt. Größere Umsätze zu steigenden Koursen fanden nur in Montanwerthen statt. Die geplante Eisenkonvention, sowie die Meldung, daß Bochumer Guß 10 Proz. Dividende zahlen, wirkten günstig. Bochumer Guß 2.10 höher, Dortmunder gewannen 1 Proz., deutsche Eisenbahnen waren Anfangs ziemlich fest, später nachlassend. Spekulative Banken und fremde Renten waren fest, aber still. Im Kassaverkehr herrscht wenig Leben, von Industrien waren Brauereien und Zuckerfabriken gefragt, Cement angeboten und schwächer. Oesterreichische Prioritäten meist behauptet, Privatdiskont 2¾. Vom Wechselmarkt ist bemerkenswerth, daß die Devise „kurz Petersburg" Mangels Geschäfts nicht amtlich notirt werden konnte, was seit Jahren nicht vorgekommen ist.

Frankfurt a. M., 18. September. Credit 234, Staatsbahn 234¼, Lombarden 111¼, Galizier 191¼, Egypter 63,63, 4proc. Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 100,62, Diskonto —, Darmstädter —. Still.

Wien, 18. Septbr. Credit 288,70. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Nordwestbahn —. Galizier —. Ungar. Credit —. Ungar. Gold 99,87. St. F.

Paris, 18. Septbr. Schluß. Rente 81,05. Anleihe 109,82. Italiener —,—. Staatsbahn 588,75. Lombarden 283,00. do. Prioritäten —,—. Spanier 56,47. Oest. Goldrente —. Egypter 330,00. Ottomanen 500,00. Schwach.

London, 18. Septbr., Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100⅛. 1873er Russen 95½. Italiener 95⅞. Lombarden —. Türken 16⅞. 4proc. fund. Amerikaner 123¾. 4proc. Ungar. Goldrente 80¼. Oesterr. Goldrente 89. Preuß. Consols 102¾. Egypter 66⅞. Ottomanbank 11⅝. Suez-Actien 81¼. Neue Egypter 2¾. Agio. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Veränderlich.

Breslau, 18. Septbr., Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. September-Oktober 39,40, pr. November-December 39,20, pr. April-Mai 40,10. Weizen pr. September —,—. Roggen pr. September-Oktober 135,00, pr. November-December 134,00, pr. April-Mai 140,00. Rüböl loco pr. Septbr.-Oktober 46,50, pr. Oktober-November 46,00, pr. April-Mai 47,50. Zink unverändert. — Wetter: Schön.

Stettin, 18. September, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen matt, loco 148,00—153,00, pr. Septbr.-Oktober 151,50, pr. April-Mai 160,00. Roggen matt, loco 126,00—129,00, pr. September-Oktober 121,50, pr. April-Mai 141,00. Rüböl unverändert, pr. Sept.-October 45,50, pr. April-Mai 47,70. Spiritus ruhig, loco 41,20, pr. September-Oktober 40,10, pr. November-December 40,00, pr. April-Mai 41,40. Petroleum loco 7,80.

London, 18. Sept. Weizen ruhig, fast nominell. Angekommene Ladungen fest, ruhiger. Uebriges ruhig, unverändert.

Lokales und Sächsisches.

— Die Rückkehr Ihrer Majestät der **Königin** aus Ragaz wird bestimmt vor dem 21. Okt. erwartet.

— Das Abschiedsgesuch des Kommandeurs der in Pirna garnisonirenden Artillerie-Abtheilung, Herrn Major **Schnell**, ist genehmigt worden. Gleichzeitig wurde derselbe zum Landwehrbezirkskommandeur in Glauchau ernannt.

— Die silberne Medaille für „Treue in der Arbeit" erhielt der Waldarbeiter Kramer zu Greifenhain und der Buchbindergeselle Louis Schmidt in Leipzig.

— Die seit 30 Jahren bei Herrn Fabrikbesitzer Prasse in Seifhennersdorf in Diensten stehende Hausmagd Johanne Grunewald erhielt für ihre treuen Dienste die große **silberne Medaille.**

— Pastor Dr. **Bernhard Schwarz** in Freiberg, bekannt durch seine geographischen Werke, wird demnächst infolge einer für ihn höchst ehrenvollen Berufung des Reichskanzlers in das auswärtige Amt in Berlin eintreten.

— Vorgestern Abend verschied nach kurzem Krankheit ein auch in weiteren Kreisen gekanntes und geschätztes Mitglied der sächsischen Sanitätsdirektion, Herr Korps-Stabs-Apotheker Oskar **Friedrich Bucher**. Der Verstorbene gehörte seit 1862 der Armee an und war Inhaber des Ritterkreuzes vom Albrechtsorden 1. Kl., sowie des Dienstauszeichnungs-Kreuzes. Zu den nächsten Angehörigen des Verstorbenen zählt auch der in Blasewitz privatisirende Bruder, Herr Dr. med. Bucher.

— Der unglückliche Ausfall der Wahl in Dresden-**Neustadt** (theilt uns ein hervorragender Konservativer mit) ist in erster Linie und hauptsächlich durch die Aufstellung des Schuldirektor Schröter, als des Kandidaten der Fortschrittspartei, verschuldet worden. Daneben sind aber die Konservativen selbst nicht von jeder Schuld freizusprechen. Weder haben dieselben den Kandidaten veranlaßt, sich den Wählern vorzustellen, noch hat derselbe aus eignen Stücken eine Versammlung einberufen und sein Programm entwickelt. Die Wählerschaft darf aber verlangen, daß der Mann, dem sie ihre Stimme geben soll, in persönlichen Verkehr mit ihr tritt.

— Die umfänglichste Debatte rief in der vorgestrigen **öffentlichen Stadtverordnetensitzung** der vom St.-V. Herrn **Zeising** u. 39 Genossen gestellte Antrag: „Kollegium wolle aus Anlaß der in der Wilsdruffer Vorstadt laut gewordenen Klagen über durch den dortigen Gerbereibetrieb veranlaßte Uebelstände den Rath um schleunige Untersuchung bez. Beseitigung derselben, sowie um Mittheilung des Ergebnisses ersuchen" hervor. Der Antragsteller begründete seinen Antrag unter Hinweis auf die jedem Dresdner hinlänglich bekannten, mit der Ausübung der Gerberei verbundenen, Schmutz und üblen Geruch befördernden Umstände und folgerte daraus, daß solche Fabriken nicht in das Innere einer Stadt gehören. Herr St.-V. **Bierling**, selbst Lederfabrikant, also ein von dem Antrag direkt Betroffener, stimmte demselben und den Ausführungen des Herrn Zeising zu und wandte sich nur gegen die Eingabe, welche der Bürgerverein der Wilsdruffer Vorstadt an den Stadtrath gerichtet und die auch am 30. August den „Dr. Nachr." beilag, mit der Behauptung, daß in derselben die Dinge schlimmer dargestellt würden, als sie in Wirklichkeit seien. Er könne versichern, daß Alles gethan werde, um den Lederfabrikbetrieb von den Uebelständen möglichst zu befreien. Radikale Abhilfe für den Stadttheil werde freilich nur dadurch geschaffen werden können, daß die Stadt die betreffenden Grundstücke, in denen jetzt der Betrieb bestehe, ankaufe und die Fabriken hinaus vor die Stadt verweisen würden. St.-V. **Steglich** wendet sich gegen den Antrag, den er für nicht passend hält, weil durch denselben ein Fabrikationszweig in Bedrängniß gebracht werden solle, der der Stadt hohe Steuern einbringe und mehreren Hundert Arbeitern sehr guten Lohn gewähre. Sehr scharf wendet er sich gegen die erwähnte Eingabe, die von Unrichtigkeiten wimmele, außerdem auch gegen die städtischen Behörden ganz ungerechtfertigter Weise Vorwürfe enthalte, als hätten dieselben bezüglich der Ausbreitung und Ueberwachung der Fabriken nicht gehörig ihre Pflicht gethan. Der Gerbereibetrieb sei gar nicht so unsauber, wie er geschildert werde, und auch gesundheitlich sei der Geruch, der unvermeidlich sei, nicht im Mindesten bedenklich; er könne an der Hand der Statistik nachweisen, daß im dortigen Viertel — Gerbergasse, Canalgasse, Palmstraße u. s. w. — nicht mehr Krankheit herrsche als anderswo in der Stadt. Er bittet dringend, den Antrag Zeising abzulehnen. Außerordentlich lebhaft wendet sich Herr St.-V. **Gmeiner** gegen den Vorredner. Derselbe habe selbst erklärt, daß er von der Sache nichts verstehe, habe also sein Material irgendwo hergeholt. Er, Redner, spreche dagegen aus Erfahrung, da er den Betrieb auf das Genaueste kenne. Derselbe sei und bleibe stinkender Natur. Die alte Art der Gerberei sei das viel weniger gewesen, erst seitdem die sogen. Schnellgerberei betrieben werde, gestalte sich der Betrieb zu einem für die Umgebung geradezu schauderhaften. Herr Gmeiner schildert umständlich das Bearbeiten der Felle und erläutert, daß es ohne ätzende, stinkende Chemikalien und Stoffe gar nicht abgehen könne. Solche „Schweinereien", er wolle sagen Gerbereien, würden außer in Dresden in keiner anderen Stadt im Innern geduldet. In der Canalgasse sei der Uebelstand auf's Höchste gestiegen; dort könne ein anständig gekleideter Mensch kaum mehr durchgehen, da der Gerbereibetrieb ganz ungenirt mitten auf der Straße sich ausbreite und man fortwährend in Gefahr komme, entweder mit Kalkjauche, mit Thierhaaren oder dergl. besudelt zu werden. Das seien Zustände, einer Stadt wie Dresden völlig unwürdig, und solche Fabriken müßten lange aus der Stadt hinausgelegt worden sein. Der fürchterliche Gestank greife immer mehr um sich, die dortigen Schleußen seien schon kaum mehr von der

Carl Arazim, Dresden, Amalienstr. 12. Photographisches Atelier.